

Elbe-Jeetzal-Zeitung

Niedersächsisches Tageblatt | Amtliches Kreisblatt | Zeitung für das Wendland | Jeetzal-Zeitung Dannenberg | Allgemeiner Anzeiger

Heute mit
famila
besser als gut!
Beilage!

Für Brücken statt Kreisel

Landrat fordert Umplanung für B 248 zwischen Grabow und Plater Kreisel



» Seite 3

Schorlings zweites Studioalbum

Musikerin CATT aus Starrel hat ein musikalisches Kleinod geschaffen



» Seite 4

Spannende Frage Saisonfortsetzung

Fußballer sind sich uneins, ob es im Januar oder erst später weitergeht



» Seite 15

Eine Einrichtung mit Zukunft

Nachhaltig, biologisch und kindgerecht: die neue Kita in Trebel



» Seite 31

CORONA-PANDEMIE IN LÜCHOW-DANNENBERG
Impfzentrum nur in Uelzen
Jeder Landkreis in Niedersachsen soll ein Corona-Impfzentrum bekommen. Nur einer nicht: Lüchow-Dannenberg. Derweil ist Gesundheitsamt-Geschäftsführer Teske abberufen worden – und die Leitenden Amtsärzte haben gekündigt.
» Seite 2

In der Corona-Krise drohen weitere Beschränkungen

Wegen steigender Infektionszahlen will das Kanzleramt auf der kommenden Konferenz mit den Bundesländern die Schulen verstärkt in den Blick nehmen

VON EVA QUADBECK UND DANIELA VATES

Berlin. In der grassierenden Corona-Pandemie hat sich Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) dafür ausgesprochen, beim nächsten Bund-Länder-Gipfel zur Corona-Krise weitere Beschränkungen zu beschließen und dabei vor allem die Schulen in den Blick zu nehmen.

„Was wir für den November beschlossen haben, hat die Infektionsdynamik gebrochen. Aber es hat noch nicht dazu geführt, dass die Zahlen nach unten gehen“, sagte Braun am Freitag dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). „Deswegen müssen wir sehen, wo wir weiter Kontakte reduzieren können.“ Es gelte vor allem, die hohen Infektionsraten bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu senken. „Sie tragen wesentlich zur Verbreitung der Infektion bei“, sagte Braun. „Vor

allem in weiterführenden Schulen muss alles getan werden, um Abstandsregeln einzuhalten“, sagte er. „Darüber werden wir Mittwoch mit den Ministerpräsidenten sprechen.“

Braun schlug vor, ältere Schüler vermehrt zu Hause zu unterrichten und bei der Suche

nach großen Unterrichtsräumen auch außerhalb der Schulgelände zu suchen. „In größeren Räumen lassen sich Abstandsregeln leichter einhalten. Wo es die in den Schulen nicht gibt, lässt sich in Bürgerhäuser und Kinosäle ausweichen. Ältere Schüler ließen sich

ins Homeschooling schicken“, sagte Braun. Ausdrücklich betonte der Kanzleramtsminister, dass am Inzidenzwert von 50 Neuinfektionen in sieben Tagen pro 100.000 Einwohner als Orientierungsmarke für eine Lockerung der aktuellen Beschränkungen weiter festgehalten werden solle. „Der bleibt unser Ziel“, sagte der CDU-Politiker.

Zugleich mahnte der Chef des Kanzleramtes die Bevölkerung zum Durchhalten. „Die Zahlen der verfügbaren Intensivbetten sinken. Die Todeszahlen steigen – auf derzeit 300 täglich“, so Braun.

In der Schweiz seien mittlerweile alle Intensivbetten belegt. Dort werde nun abhängig vom Lebensalter und von Vorerkrankungen entschieden, wer vordringlich behandelt werde. „Es gibt einen breiten Konsens in der Gesellschaft, dass wir das vermeiden wollen“, betonte er.

ZUR SACHE

Zweite Corona-Welle in Frankreich ebbt ab

Frankreich hat nach Ansicht der nationalen Gesundheitsbehörde den Höhepunkt an Neuinfektionen in der aktuellen Phase der Corona-Pandemie bereits hinter sich. „Auch wenn die Indikatoren auf hohem Niveau bleiben, legt ihre Beobachtung nahe, dass der epidemiologische Spitzenwert der zweiten Welle überwunden wurde“, heißt es in einer Erklärung der Behörde vom Freitag. In der vergangenen Woche habe es einen Rückgang der posi-

tiven Tests um 40 Prozent gegeben. Auch in den Krankenhäusern und auf Intensivstationen wurden demnach weniger Patientinnen und Patienten aufgenommen. Auch Premierminister Jean Castex sagte am Freitag, die Strategie beginne, Resultate zu zeigen. Er betonte, dass es weiterhin wichtig sei, sich an geltende Regeln zu halten. In dieser Woche hatte Frankreich die Grenze von zwei Millionen Infizierten überschritten.

Gibt es doch noch einen Brexit-Vertrag?

Brüssel. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sieht wichtige Fortschritte in den Verhandlungen mit Großbritannien über einen Handelspakt für die Zeit nach dem Brexit. „Nach schwierigen Wochen mit sehr, sehr langsamen Fortschritten sehen wir jetzt mehr Fortschritt, mehr Bewegung bei wichtigen Punkten, das ist gut“, sagte von der Leyen am Freitag in Brüssel. Doch es herrsche großer Zeitdruck. „Es bleiben noch etliche Meter bis zur Ziellinie.“

Man strebe so schnell wie möglich eine Einigung an, sagte ein britischer Regierungssprecher. Premier Boris Johnson hatte aber auch oft betont, dass man auf einen „No Deal“ gut vorbereitet sei.

Das angestrebte Freihandelsabkommen soll am 1. Januar in Kraft treten. Weil ein Abkommen ratifiziert werden müsste, bleiben aber nur noch wenige Tage für eine Einigung. Im Europaparlament wird sogar eine Sondersitzung am 28. Dezember erwogen.

Brandbrief an den Bürgermeister

Hamburg. In einem offenen Brief an Hamburgs Ersten Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) haben Chefdirektoren, Intendanten und Museumsdirektoren mehr Engagement für die Kultur in der Corona-Krise gefordert. „Setzen Sie sich beim nächsten Treffen mit der Kanzlerin und Ihren Kolleginnen und Kollegen der anderen Länder dafür ein, dass Kultur- und Bildungseinrichtungen wie Opern, Theater, Konzertsäle, Kinos und Museen zügig wieder geöffnet werden“, heißt es in dem Brief, den Thomas Hengelbrock, Gründer und Leiter der Balthasar-Neumann-Ensembles, initiiert hat.

Werft läuft bei „Gorch Fock“ auf Grund

Unternehmen wollte vom Bund noch 10,5 Millionen Euro für die Schiffssanierung

VON FRIEDEMANN KOHLER

Bremen. In einem millionenschweren Streit über Sanierungskosten des Segelschiffs „Gorch Fock“ hat das Landgericht Bremen Ansprüche einer Werft abgewiesen. Die Bredo-Dockgesellschaft in Bremerhaven hatte

vom Bund 10,5 Millionen Euro für Arbeit und Material gefordert, sie geht mit dem Urteil vom Freitag leer aus. Auch eine Gegenklage des Bundes wurde abgewiesen.

Dirk Harms, Bredo-Geschäftsführer, sagte, man werde prüfen, ob das Unternehmen in Berufung gehe. Auf seiner Werft war von 2015 bis 2019 an dem Marineschiff gearbeitet worden. Der Bund trat vor Gericht die Auffassung, alle Rechnungen seien beim Generalauftragnehmer beglichen worden, der mittlerweile insolventen Elsflöther Werft. Niemand zahle zweimal für eine Leistung.

Der Zivilprozess in Bremen ist ein Nebenstrang bei der langwierigen und teuren Sanierung des 62 Jahre alten Dreimasters. Die Baukosten sind von geplant 10 Millionen Euro immer weiter gestiegen, bis die frühere Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) einen Deckel von 135 Millionen Euro festlegte.

Ein Subunternehmer trage das Risiko, wenn ein Hauptauftragnehmer insolvent werde, sagte Gerichtssprecher Gunnar Isenberger. Deshalb sei die Klage der Werft abgewiesen worden. Auch die Gegenklage des Bundes sei

nicht stichhaltig gewesen. Die Marine hatte 3,6 Millionen Euro Schadensersatz für Baupfusch auf der „Gorch Fock“ verlangt.

Seit Herbst 2019 hat nicht mehr die insolvente Werft in Elsflöth den Auftrag, die „Gorch Fock“ zu sanieren, sondern die Lürssen-Werft in Bremen. Das Schiff soll Ende Mai 2021 fertig werden. Die strafrechtliche Aufarbeitung der Sanierung läuft bei der Staatsanwaltschaft Osnabrück weiter. Es geht um Betrug, Untreue und Korruption. Der Gesamtkomplex zählt mehr als 100 Einzelverfahren.

WETTER

8°
7°



Tief Sarah lenkt mit einem kräftigen Südwestwind viele Wolken und etwas Regen heran. Am Sonntag steigen aber die Chancen auf Sonnenschein.

